

regierungen aufgrund der steuerlichen Anpassung versuchen werden, ausländische Investoren zu finden, die in Hightechsektoren mit niedrigen Steuersätzen investieren wollen.

Ob sich ausländische Unternehmen durch die Steueranpassung um 10% von einer Investition in China abschrecken lassen, bleibt abzuwarten. So geht Joseph Lee, zuständig für Steuerfragen bei Ernst & Young in Beijing, davon aus, dass dies nicht der Fall sein wird: „What weighs in their decision is China's huge market potential. The appeals are not only confined to preferential tax policies.” (Xinhua News Agency, 16.3.2007, in: www.china.org.cn.)

Aus Sicht von Terence Tang, Abteilungsleiter Immobilieninvestitionen in China bei Jones Lang Lasalle, haben ausländische Investoren in China normalerweise eine längere Geschäftsperspektive: „Such companies put billions of dollars into China, while those who are not making money now would not need to pay corporate taxes anyway, so any increase in rates will not make much of an impact”. (*The Straits Times* Interactive, 5.3.07)

Die Staatsunternehmen zählen zu den Gewinnern dieser steuerlichen Anpassung. Diese Unternehmen haben bisher die höchsten Steuersätze von 33% zu zahlen.

Neben einer Gleichstellung von in- und ausländischen Unternehmen und damit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen in der Besteuerung wird das Gesetz auch Einfluss auf die regionalen Unterschiede ausüben. So waren die Sonderwirtschaftszonen und sonstige mit Sonderrechten ausgestattete Gebiete aufgrund der steuerlichen Vergünsti-

gungen Hauptziel für Auslandsinvestoren geworden. Zumindest steuerlich wird es zukünftig keine regionalen Unterschiede mehr geben. Klare Signale setzt die neue Steuerregelung auch für die Innovationspolitik. So werden damit Anreize für die Restrukturierung der Wirtschaft und Investitionen in Engpassbereiche wie Infrastruktur und Agrarsektor gesetzt. (Xinhua News Agency, 16.3.2007; *The Straits Times* Interactive, 5.3.07; SCMP, 10.3.07; BBC PF, 16.3.07)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

Wirtschaftliche Erfolge im Jahr 2006 und Ziele für 2007

Währung der Tagung des nationalen Volkskongresses im März 2007 legte die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NRDC) ihren Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für 2006 und die Entwicklungsplanung für 2007 vor. In einer Zusammenfassung stellte die Nachrichtenagentur Xinhua die wichtigsten Ergebnisse und Eckdaten des 35-seitigen Berichtes vor.

Ergebnisse des Jahres 2006:

- Anstieg des BIP-Wachstums um 10,7%
- Erhöhung der Regierungseinnahmen um 24,3%
- Für die Landwirtschaft, die ländlichen Gebiete und die Bauern wurden 339,7 Mrd. CNY verwendet, dies waren 42,2 Mrd. CNY mehr als zuvor.
- Die Agrarsteuer sowie die Steuern auf landwirtschaftliche Spezialitäten wur-

den landesweit abgeschafft.

- Der Energieverbrauch pro BIP-Einheit sank um 1,23%.
- Die Getreideernte erreichte 497,5 Mio. t, das waren 13,44 Mio. Kilo mehr gegenüber 2005.
- Erfolge bei der Finanzierung der ländlichen Bildung. 52 Mio. Schüler der Grund- und Mittelschulen profitierten von der Reform. Im Durchschnitt musste jeder Grundschüler 140 CNY und jeder Mittelschüler 180 CNY weniger Schulgebühren zahlen.
- Die Zahl der ländlichen Einwohner, die an dem neuen kooperativen System der medizinischen Versorgung beteiligt waren, stieg auf 410 Mio. bzw. auf einen Anteil von 50,7% der ländlichen Bevölkerung.
- Das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der ländlichen Bevölkerung und das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung erhöhte sich um 7,4% bzw. um 10,4%.

Für das Jahr 2007 sieht die Indikativplanung folgende Ziele vor:

- Wachstum des BIP um 8% und damit deutlich weniger als 2007
- Anstieg der Regierungseinnahmen um rd. 12%, dies wäre die Hälfte des Anstiegs gegenüber 2006.
- Schaffung von mindestens 9 Mio. neuen städtischen Arbeitsplätzen; die städtische Arbeitslosigkeit soll eine Quote von 4,6% nicht übersteigen.
- Der reale Einkommensanstieg für die ländliche und städtische Bevölkerung soll jeweils 6% betragen, also kein unterschiedliches Entwicklungstempo mehr aufweisen.

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Relation zum BIP sollen auf einen Anteil von 1,56% steigen.

Auf dem NVK nannte die politische Führung verschiedene Probleme in der aktuellen Wirtschaftsentwicklung, und zwar den zu schnellen Anstieg der Anlageinvestitionen und der Kredite sowie das wachsende Ungleichgewicht in der Handelsbilanz. Die vorgeschlagenen Rezepte für die Lösung dieser Probleme wie Anpassung der Wirtschaftsstrukturen und Erhöhung der Inlandsnachfrage ähneln denen der vorangegangenen Jahre.

Um die Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu erreichen, sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Dazu zählt die erhöhte Anhebung der Leitzinsen durch die Zentralbank. Ziel der Maßnahme ist, die Kreditvergabe und damit das Investitionstempo abzubremesen. So lag der Anstieg der Investitionen im Januar und Februar 2007 bei weiterhin 23,4% und damit deutlich höher als die Zentralregierung dies für wünschenswert hält. Für Kredite mit einer einjährigen Laufzeit wurden die Zinsen auf 6,39% angehoben, für die Spareinlagen mit einer Laufzeit von einem Jahr erfolgte eine Erhöhung auf 2,79%. (XNA, 5.3.07; FAZ, 6.3.07; NfA, 19.3. und 20.3.07)

China braucht ein neues Wachstumsmodell

Auf einer Pressekonferenz während des NVK nahm Minister Ma Kai von der NDRC zu Fragen in- und ausländischer Medienvertreter über die aktuelle wirtschaftliche und soziale Entwicklung Stellung. Ma bezeichnete die BIP-Wachstumsrate des Jahres 2006 von 10,7% zwar als im Wesent-

lichen normal, wies aber auf den hohen Preis des Wachstums hin. Ohne eine Veränderung des Wachstumsmodells, so Ma Kai, würde die Übernutzung der Ressourcen bestehen bleiben und es gäbe keine positiven Aussichten für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung. Die Wachstumsrate sollte moderater ausfallen und auf einer gesunden Entwicklung ohne größere Schwankungen basieren. Die im Rahmen der Indikativplanung angekündigte Wachstumsrate von 8% für das Jahr 2007 stehe für eine Veränderung der Art des Wirtschaftswachstums. Ziel sei, die Strukturen anzupassen, die Qualität der wirtschaftlichen Abläufe zu verbessern und einen blinden Wettlauf um hohe Geschwindigkeit zu vermeiden.

Auf die Frage der Journalisten, warum in der Indikativplanung für das Jahr 2007 Vorgaben für die Energieeinsparung und Emissionen fehlten, wies Ma Kai darauf hin, dass diese Ziele wiederum von sehr vielen anderen Faktoren beeinflusst würden. So würden einige Maßnahmen sofort in demselben Jahr ihrer Ankündigung Wirkung zeigen, andere sich erst mehrere Jahre später auswirken. Deshalb sei es schwierig, die Ziele für die Energieeinsparung und Reduzierung der Emissionen, die im 11. Fünfjahresplan (2006-2010) enthalten sind, auf eine genaue jährliche Verteilung herunterzubrechen.

Aufgrund der Energie- und Ressourcenknappheiten habe China jedoch, so Ma Kai, keine Alternative als den Übergang zu einer energiesparenden und umweltfreundlichen Gesellschaft. Die im 11. Fünfjahresplan angekündigten Ziele einer Reduzierung des Energieverbrauchs um 20% und der Emission um 10% bis zum Jahre 2010

würden nach wie vor relevant sein und nicht verändert werden. Weiterhin würden auch die Verantwortlichkeiten für die Umsetzung der Ziele nicht bestehen bleiben. So habe der Staatsrat die Zielvorgaben auf die einzelnen Provinzen, autonomen Regionen und Städte verteilt. Diese administrativen Einheiten müssten auf der Basis lokaler Bedingungen Arbeitsziele definieren und Aufgaben für die Realisierung bestimmen. Die Umsetzung muss intensiviert werden, so Ma Kai, im Regierungsbericht seien hierfür acht Maßnahmen vorgesehen.

Die Preisanpassung von Energie wie Erdöl und Erdgas und andere natürliche Ressourcen wie Wasser wird als eine Maßnahme zur Umsetzung der Energie- und Umweltschutzziele betrachtet. In den derzeitigen Preisen würden sich Ma Kai zufolge nicht die Knappheit dieser Ressourcen und die Umweltkosten widerspiegeln. Dies würde den Wandel des Wachstumsmodells sowie den Aufbau einer ressourcensparenden und umweltfreundlichen Gesellschaft nicht unterstützen. Allerdings müssten bei einer Preisanpassung die unteren Einkommensgruppen besonders berücksichtigt werden.

Ma Kai nahm auch zu dem Vorwurf Stellung, dass Chinas wachsender Energiebedarf eine Bedrohung für die Weltenergieressourcen sei. China sei, so Ma Kai, in der Lage, die mit der Energienachfrage verbundenen Probleme grundsätzlich selbst zu lösen. Nach wie vor liege die Quote der Selbstversorgung mit Energie um durchschnittlich 20% höher als in den OECD-Ländern und um 30% höher im Vergleich zu den USA. Lediglich bei Erdöl und Erdgas beständen Knappheiten, doch

sei sowohl der Pro-Kopf-Verbrauch von Erdöl und Erdgas als auch der entsprechende Pro-Kopf-Import nach wie vor sehr niedrig. Während der Pro-Kopf-Import in China bei 100 kg liegt, beträgt der Welt-durchschnitt 400 kg. China habe außerdem noch Potenziale beim Energieangebot. Neben reichlichen Kohlevorkommen gibt es Ma Kai zufolge noch unerschlossene Erdöl- und Erdgasressourcen sowie ein enormes Einsparpotenzial.

Insgesamt trägt China inzwischen mit rd. 5,5 % zum globalen Output bei, konsumiert aber 15,5% der weltweiten Energie. Dass die Zentralregierung Schwächen bei der Umsetzung der Umweltpolitik so offen zugibt, ist ungewöhnlich. Andererseits ist der Widerspruch zwischen den seit mehreren Jahren aufgestellten wirtschaftspolitischen Zielen und der Realität besonders auffällig im Umweltsektor. Der Wandel hin zu einem langsameren auf Qualität basierenden nachhaltigem Wachstum scheint gegen den Widerstand der Lokalregierungen kaum umsetzbar zu sein. Ob geplante Abbremsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können, um das relativ niedrige Wirtschaftswachstumsziel von 8% in diesem Jahre zu erreichen, erscheint deshalb fraglich zu sein. (BBC PF, 7.3.07; NZZ, 6.3.07; SCMP, 19.3.07; *The Straits Times* Interactive, 5., 20.3.07)

NVK beschließt Eigentumsgesetz

Nach einer mehr als 10-jährigen Debatte und sieben Lesungen beim Ständigen Ausschuss des NVK wurde während der diesjährigen NVK-Tagung das Eigentumsgesetz verabschiedet. Das Gesetz wird zum 1.10.2007 in Kraft treten und wird erst-

mals gleichen Schutz für private, staatliche und kollektive Eigentümer bieten. Von der neuen Gesetzgebung werden insbesondere Unternehmer und die entstehende Mittelklasse profitieren.

Obwohl die Verabschiedung als wichtiger Schritt hin zu einer „rule of law“-Situation angesehen werden kann, weisen kritische Stimmen darauf hin, dass für die erfolgreiche Umsetzung des Gesetzes bestimmte Voraussetzungen erforderlich sind. Hierzu zählen eine unabhängige Rechtsprechung, verlässliche Beamte und eine relativ offene Medienlandschaft.

Das Gesetz legt im Einzelnen fest, dass das Eigentum an Immobilien, produktivem Vermögen und Geldeinkommen geschützt ist. Weiterhin definiert das Gesetz das Recht auf Nutzung und Gewinnerzielung aus privatem Eigentum.

Für die weitere Entwicklung des Immobilienmarktes ist außerdem von Bedeutung, dass das Gesetz die Landnutzungsrechte für die Wohnungseigentümer in den städtischen Gebieten nach Ablauf der Vertragszeit von 70 Jahren automatisch verlängert. In später folgenden Ausführungsbestimmungen wird festgelegt werden, ob die Verlängerung kostenpflichtig sein wird.

Das Gesetz schützt auch explizit staatliches Eigentum und legt fest, dass bestimmte Wirtschaftsbereiche, die Einfluss auf die gesamte Sicherheit haben wie beispielsweise Verteidigung und Energie, in staatlichem Eigentum bleiben werden.

Ein wichtiger Punkt im Gesetz ist die Regelung des Bodeneigentums in den ländlichen Gebieten. So sieht das Eigentumsrecht keine Veränderung der Nutzungsrechte für die Bauern vor, die auf i.d.R. 30

Jahre angelegt sind. Bauern dürfen das ihnen zugeteilte Land zwar unterverpachten an Dritte, diese Nutzungsrechte aber nicht verkaufen oder eine Hypothek darauf nehmen. Zwar will das Gesetz den Transfer von Land für die städtische Nutzung begrenzen, schützt die Bauern aber nicht vor einer Enteignung durch die Regierung. Allerdings verlangt das Gesetz Kompensationszahlungen für Bauern entsprechend ihrem Lebensstandard und langfristigen Wohlstand.

Insgesamt hat das Eigentumsgesetz wichtige Funktionen zu erfüllen im Übergang zur Marktwirtschaft. Hierzu zählt vor allem die Verbesserung des gesetzlichen Rahmens, der von der Regierung mit dem Begriff „socialist legal system“ benannt wurde. Die nach langer Diskussion verabschiedete Gesetzgebung gilt außerdem als Symbol für einen nicht mehr umkehrbaren Reformkurs. Auch gibt das Gesetz die bereits beschriebene größere rechtliche Sicherheit für Unternehmer und Eigentümer von privatem Wohnraum.

Trotz dieser positiven Rolle, die das Gesetz im Reformprozess spielt, warnen kritische Beobachter davor, seine Bedeutung zu überschätzen. So wird das Gesetz aus Sicht von Zhu Xueqin, Historiker und Regierungsexperte in Shanghai, die Diskussion um die Reformpolitik, die aus Sicht von Kritikern die Korruption verstärkt und die Bereicherung bestimmter Gruppen in der Gesellschaft gefördert hat, nicht unterbinden: „My own view is that the leftist voices that have emerged are not going to disappear because we have a property law. On the contrary, they are stronger now than they have been in some time.“

(IHT, 17.-18.3.07; Liao Wang, 10, 2007, S.33, XNA, 16.3.07; *Ming Pao*, Webseite, Hongkong, 12.3.07)

Großraumflugzeug geplant

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete im März dieses Jahres, dass der Staatsrat grünes Licht für den Bau eines eigenen Großraumflugzeuges gegeben hat. Liu Daxing, stellvertretender Direktor der China Aviation Industry Corporation kündigte an, dass ein Flugzeug mit einer Größe von mehr als 150 Sitzen bzw. einem Gewicht von mehr als 100 t voraussichtlich bis zum Jahr 2020 fertig gestellt sein wird. Liu zufolge sind ausländische Kooperationspartner für das Projekt zwar willkommen, doch soll die Konstruktion in erster Linie auf inländischer Technologie basieren. Bestimmte Teile und Komponenten wie Motoren würden allerdings wohl geliefert werden, wie dies auch Praxis bei Boeing und Airbus sei, die ebenfalls aus anderen Ländern Teile und Komponenten importierten. Liu zufolge wird ein im Inland produziertes Großraumflugzeug die gesamte Nation ebenso wie das Programm für die bemannte Raumfahrt inspirieren können. Weiterhin würde das Projekt den technologischen Fortschritt in der Luftfahrtindustrie beschleunigen und die Entwicklung in anderen Sektoren fördern.

Für die Entwicklung eines eigenen Großraumfluges bietet der schnell wachsende Markt den wichtigsten Anreiz. So gehen Schätzungen davon aus, dass China bis zum Jahr 2025 rd. 2.200 neue Flugzeuge mit einem Wert von rd. 200 Mrd. EUR kaufen müsste. Auch Xie Li, Professor an dem Civil Aviation Management Institute

in Beijing, betont das Interesse der chinesischen Industrie: „China surely wants to built its own aircraft... It wants to be able to make money of itself“. (FT, 20.3.0)

Airbus glaubt, dass China im Jahr 2020 über die zweitgrößte zivile Flugzeugflotte nach den USA verfügen werde. Als Konkurrent könnte China dann die Preise der anderen Flugzeugbauer um rd. 20% unterbieten.

Ob die chinesische Industrie das ambitionierte Ziel verwirklichen und bis zum Jahr 2020 ein konkurrenzfähiges Großraumflugzeug auf dem Markt bringen kann, ist unter Fachleuten umstritten. So geht Charles Armitage von Merrill Lynch davon aus, dass China erst im Jahre 2030 ein eigenes Großraumflugzeug vorstellen kann. Kostspielig seien vor allem die Berücksichtigung eines niedrigen Treibstoffbedarfs, geringe Instandhaltungskosten und der Aufbau eines globalen Instandhaltungsnetzes.

Andererseits haben chinesische Unternehmen als Zulieferer für Boeing und Airbus bereits umfangreiche Erfahrungen machen können. So sieht Richard Pinkham, Analyst am Center for Asia Pacific Aviation in Singapur, China durchaus technisch in der Lage, Großraumflugzeuge zu bauen.

Das finanzielle Risiko eines derartigen Projektes wird als relativ hoch eingeschätzt. Der chinesischen Finanzzeitschrift *Caijing* zufolge werde es eine Anschubfinanzierung für Forschung und Entwicklung (F&E) mit einem Umfang von 50-60 CNY. RMB, also 5-6 Mrd. EUR, geben. Zwei F&E-Zentren, das F&E-Zentrum für kommerzielle Flugzeuge sowie ein F&E-Zentrum in Xian für Militärflugzeuge, werden für das Projekt in Anspruch genommen werden. Aller-

dings könnten auch zwei andere Standorte mit entwickelter Flugzeugindustrie, nämlich Shenyang und Chengdu, dafür in Frage kommen. Wie die weitere Finanzierung über die staatliche Anschubfinanzierung hinaus erfolgen soll, wurde nicht bekannt. Als wahrscheinlich wird die Bildung eines Konsortiums aus verschiedenen staatlichen Agenturen wie der China Aviation Industry angesehen.

Chinas erster im Inland entwickelter Jet Airliner, der ARJ-21 (ARJ steht für Advanced Regional Jet), soll Ende des Jahres in die Produktion gehen. Die ersten Testflüge sind für März 2008 vorgesehen. Der Bau dieses Flugzeuges wird bereits als ein Meilenstein im chinesischen Flugzeugbau angesehen. Die Flügel des Flugzeuges werden von der Montagebasis der China Aviation Industry Corp. in Xian geliefert. Das Flugzeug wird 70 bis 110 Passagiere befördern können und eine Streckenleistung von 3.702 km aufweisen. Die ersten 71 Flugzeuge wurden bereits von den kleineren Fluglinien Shanghai Airlines und Xiamen Airlines geordert. (SCMP, 13.3.07; IHT, 13.3.07; The Straits Times Interactive, 9.3.07; FT, 19. und 20.3.07; FAZ, 20.3.07; XNA, 12.3.07)

Hongkong

Philipp Hetmanczyk, Günter Schucher und Katrin Willmann

Demokraten einig über Wahlrechtsreform

Nach viermonatigen Konsultationen einigte sich die Mehrheit des prodemokra-